

# GRASSIEREND

Zeitung der GRAS Salzburg

salzburg.gras.at

Mai/Juni 2010

## HörerInnenversammlung in Salzburg: Nein zu Karls Sparplänen!

Über 200 StudentInnen und Lehrende erschienen am Dienstag, 18. Mai zu einer uni-weiten HörerInnenversammlung auf der NaWi. An der Diskussion über die massive Kürzung des Uni-Budgets um ca. 20% durch die Bundesregierung und über die mögliche Ausweitung von Zugangsbeschränkungen beteiligten sich auch Rektor Schmidinger und Vizerektor Mosler. Die studentische Protestbewegung „UniBrennt-Salzburg“ hat im Herbst 2009 gefordert, dass sich das Rektorat einmal

jährlich in einer öffentlichen HörerInnenversammlung für Diskussionen zu aktuellen Fragen der Bildungs- und Universitätspolitik zur Verfügung stellt. Im Rahmen der „Woche der freien Bildung“ von ÖH und UniBrennt fand die erste derartige Versammlung statt. Während die Meinungen über Vor- und Nachteile von Zugangsbeschränkungen erwartungsgemäß divergierten, übten Studierende und Universität gemeinsam scharfe Kritik an der Sparpolitik von SPÖ und ÖVP. Diese wird der

Uni Salzburg ab 2010 jährlich rund 20 Mio. Euro kosten. Die Bundesregierung müsse dringend den politischen Willen aufbringen, um die staatlichen Ausgaben für das Hochschulwesen wie seit Jahren versprochen auf 2% des BIP anzuheben. Bei der anschließenden Demo in der Salzburger Innenstadt demonstrierten rund 200 Personen für die angemessene öffentliche Finanzierung der österreichischen Unis und für die Wiederherstellung des offenen Hochschulzugangs. (kmd)

## Zugangsbeschränkungen: Spreu, Weizen oder ganz anders?

Im letzten Herbst protestierten Tausende Studierende für bessere Studienbedingungen und offenen Hochschulzugang. Ein breiter Hochschuldialog wurde ins Leben gerufen. Wesentliche universitätspolitische Fortschritte waren zum Greifen nah. Doch Anfang Mai ließ ÖVP-Wissenschaftsministerin Karl eine Bomben platzen: sie forderte Zugangsbeschränk-

ungen für alle Studien in Österreich. Der sog. „Notfallparagraf 124“ erlaubt Universitäten, bei der Bundesregierung die Einführung von Zugangsbeschränkungen zu beantragen. Damit sollten die österreichischen Unis vor deutschen Studierenden „geschützt“ werden. Seitdem wurden mehrere Anträge gestellt – unter anderem für das Bachelorstudium Kommunikationswissenschaft in Salzburg.

fängerInnen aus Deutschland wären die österreichischen Unis akut unterfinanziert! Anstatt daraus die Konsequenzen zu ziehen, möchte Ministerin Karl jetzt das Gesetz anpassen, um den Notfallparagrafen auf weitere Studien auszudehnen.

Karls Hochschulpolitik wird von einem durchgehenden Mangel an kreativen Ideen gekennzeichnet. Ihr oberstes Ziel scheint zu sein, den Studierenden das Leben schwer zu machen. Um jenen, die die Aufnahmeprüfung schaffen, zusätzliche Steine in den Weg zu legen, möchte Karl die Studieneingangsphase (STEP) neu gestalten. Das Prinzip: Rausprüfen statt Orientierungshilfe. Die derzeitige Studieneingangsphase sollte Studierenden einen Überblick über ihr Fach und allgemeine Orientierungshilfe bieten. Das möchte Karl ändern. Es reicht ihr nicht, dass alle Lehrveranstaltungen der STEP positiv absolviert werden müssen. Nein, sie möchte, dass Studis nach einem Jahr zusätzliche Prüfungen und Bewerbungsgespräche bestehen müssen, um ihr Studium fortsetzen zu können. Wer diese nicht besteht, muss die gesamte Studienein-

Seit 7. Mai ist nun fix: die Anzahl der StudienanfängerInnen an der Salzburger KoWi wird drastisch verringert. Konnten im Wintersemester 2009/2010 noch rund 500 Personen ihr Studium aufnehmen, werden es im kommenden Wintersemester nur mehr 226 sein. Fragwürdig ist außerdem die Methode: Aufnahmeprüfungen vor Studienbeginn sind alles andere als fair. Punktuelle Aufnahmeprüfungen sind nicht geeignet, um das Interesse und Potenzial einer Person für ein bestimmtes Studium seriös zu messen. Außerdem schrecken Aufnahmeprüfungen Menschen aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien ab.

Bei anderen Studienrichtungen hingegen wurden die §124-Anträge aufgrund rechtlicher Bedenken abgelehnt. Das Schreckensgespenst der deutschen Studierende wurde als Mythos entlarvt: selbst ohne Studienan-



**UNI BRENNT**  
—  
GRUNDSÄTZLICHES  
KRITISCHES  
ATMOSPHÄRISCHES

**BUCHVERLOSUNG**

Auch wenn es in den Medien rund um die Unibrennt Bewegung ruhig geworden ist, verschwunden ist sie sicherlich nicht! Ihre Relevanz und Notwendigkeit zeigt sich Woche für Woche bei den Diskussion über Zugangsbeschränkungen. Die GRAS teilt die Ziele der Bewegung.

Neben der breiten Diskussion über Bildung, hat die Bewegung auch ein Buch herausgebracht: „UNI BRENNT: Grundsätzliches – Kritisches – Atmosphärisches“. Die GRAS Salzburg verlost drei dieser Bücher. Einfach eine Mail an [salzburg@gras.at](mailto:salzburg@gras.at) mit dem Betreff „Unibrennt Buch Verlosung“.



Impressum:  
GRAS - Grüne & alternative  
StudentInnen Salzburg  
Haydnstraße 2/1,  
5020 Salzburg  
[salzburg@gras.at](mailto:salzburg@gras.at)  
[salzburg.gras.at](http://salzburg.gras.at)

gangsphase wiederholen – einschließlich der bereits positiv abgeschlossenen Lehrveranstaltungen!

Die Auswirkungen auf Studierende sind vielfältig: wer die STEP wiederholen muss, verliert früher den Anspruch auf Stipendien, Studien- und Familienbeihilfe! Wer berufs- oder familienbedingt weniger Zeit für das Studium aufbringen kann, gerät zusätzlich unter Druck. In der Folge werden v.a. Studierende aus einkommensschwächeren Familien vermehrt ihr Studium abbrechen müssen. Der Bundesministerin sind diese dramatischen Konsequenzen sehr wohl bewusst. Die ÖVP-Forderungen nach mehr Zugangsbeschränkungen vor und im Studium kommen nicht zufällig, sondern folgen einem brutalen Kalkül: Zugangsbeschränkungen – von Aufnahmeprüfungen bis hin zu Studiengebühren – treffen Studierende aus bildungsfernen und einkommensschwachen Schichten am schwersten. Die soziale Selektion im österreichischen Bildungswesen im weltweiten Vergleich ist bereits jetzt ein trauriger Spitzenwert. Mit der gezielten Verschärfung dieser Selektion soll Bildung von einem Menschenrecht zu einem Privileg einer kleinen Elite werden.



Die Umwandlung offener Universitäten in Ausbildungsstätten einer privilegierten Elite ist in einer Demokratie (zum Glück) nicht mehrheitsfähig. Daher braucht die ÖVP andere Argumente für ihre Vorhaben. Zuerst werden Unis durch Budgetkürzungen kaputt gespart, bis die Studienverhältnisse für Studierende und Lehrende unzumutbar werden. Dann behauptet die Ministerin, die Kapazitätsengpässe könnten nur gelöst werden, wenn die Zahl der Studierenden reduziert wird. Die Politik schafft dadurch Probleme, um dann Maßnahmen als Lösungen zu präsentieren, die sie sonst nicht durchsetzen könnte. Bis 2014 wird das Uni-Budget jährlich um 50 Mio. Euro gekürzt – ab dann um 100 Mio. Euro jährlich! Die Einfüh-

rung weiterer Zugangsbeschränkungen ist damit vorprogrammiert.

Als GRAS sind wir davon überzeugt, dass Bildung ein Menschenrecht ist. Alle Personen müssen das Recht haben, ein Studium ihrer Wahl zu betreiben. Zugangsbeschränkungen lehnen wir ebenso ab wie studierendenfeindliche und unsoziale Studienpläne. Wir fordern die schrittweise Aufstockung des Uni-Budgets auf jene 2% des BIP bis 2015, die die Bundesregierung den Universitäten versprochen hat. Gleichzeitig sind Zugangsbeschränkungen jedweder Art abzuschaffen – sowohl Aufnahmeprüfungen, als auch Studiengebühren und Knock-Out-Prüfungen in Studieneingangsphasen! (se & kmd)

## Ausgebeutet im Praktikum?

Praktika dienen der praxisnahen Fortbildung von Studierenden. Soweit die Theorie. Die Praxis sieht für viele StudentInnen jedoch anders aus: unbezahlte PraktikantInnen verbringen ein Praktikum nach dem anderen mit fachfremden Tätigkeiten wie Kopieren und Kaffeekochen.

verhältnisse und der Verankerung von Pflichtpraktika in Studienplänen nimmt die Anzahl so genannter „Scheinpraktika“ ständig zu. Scheinpraktika zeichnen sich durch einige Merkmale aus. Der Arbeitscharakter steht gegenüber dem Ausbildungscharakter klar im Vordergrund. Die Tätigkeiten knüpfen nicht an die erlernten Inhalte des Studiums an. Vielmehr werden Leistungen, die normalerweise von bezahlten MitarbeiterInnen erbracht werden, von schlecht oder gar nicht bezahlten PraktikantInnen übernommen. Ein Kernproblem ist, dass es keine gesetzliche Regelung für Praktika gibt. Oft werden auch keine Praktikumsvereinbarungen mit den ArbeitgeberInnen abgeschlossen.

einer fortschreitenden Prekarisierung betroffen. Vor allem AbsolventInnen der Geisteswissenschaften wird mantra-artig eingeschärft, sie müssten möglichst viele Praktika absolvieren - am besten schon im ersten Semester - um später überhaupt Aussichten auf eine Festanstellung zu haben. Viele Studierende und AbsolventInnen stolpern von einem Praktikum in das nächste. Einer wachsenden Masse an InteressentInnen steht eine immer knapper werdende Anzahl an (relativ) sicheren Arbeitsplätzen gegenüber. Scheinpraktika verschärfen diesen Konkurrenzkampf, indem billige studentische Arbeitskraft auf einen prekären Markt gezwungen wird.

Dabei gäbe es einfache Möglichkeiten, um Scheinpraktika einzudämmen: die GRAS fordert ein bundesweites Gesetz zur PraktikantInnenausbildung, das folgende Rechte festlegt:

Diese unsichere Situation hat für Unternehmen einige Vorteile auf Kosten der PraktikantInnen:

- Den PraktikantInnen wird - wenn überhaupt - nur ein geringer Lohn ausbezahlt.
- Die PraktikantInnen haben keinen umfassenden Versicherungsschutz.
- Das Aufgabenprofil kann von den ArbeitgeberInnen einseitig festgelegt und verändert werden.
- Der Ausbildungswert für die PraktikantInnen ist oft gering bis inexistent

- Soziale & arbeitsrechtliche Mindeststandards
- Mindesteinkommen 800EUR/Monat
- Maximaldauer 5 Monate
- Einbindung in den Kollektivvertrag
- Qualitätsstandards: Ansprechpersonen, Einschulung, Feedback
- Stipendiensystem für Praktika im NGO-Bereich (kmd)

**Ausgenutzt**

**Faire Praktika!**

**Du bist dran!**

800€ Mindesteinkommen ++ sozial- und arbeitsrechtliche Mindeststandards +++ Maximaldauer fünf Monate ++ Ansprechpersonen, Feedback und Zeugnis ++ Praktika sind Ausbildung – keine Ausbeutung

**GRAS**  
Grüne & Alternative StudentInnen

[www.gras.at](http://www.gras.at)

Das Klischee der ausgebeuteten PraktikantInnen ist leider mehr als ein Stereotyp - infolge der Einführung geringfügiger Beschäftigungs-

Die inflationäre Zunahme von Scheinpraktika ist kein Zufall. Der gesamte Arbeitsmarkt ist von

## Ob Kinder oder keine - entscheidet Frau alleine!

Abtreibungsgegner und Abtreibungsgegnerinnen vorm LKH: Jeden ersten Samstag im Monat treffen sich religiös-fundamentalistische Abtreibungsgegner und -gegnerinnen der Organisation Human Life International (HLI) vor dem Landeskrankenhaus in Salzburg.

Deshalb findet auch jeden ersten Samstag im Monat eine Kundgebung für das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung statt. Treffpunkt ist um 9:30 vor dem LKH Salzburg (Müllner Seite).

### Was will die HLI?

Nur um ein paar Beispiele zu nennen:

- HLI setzt sich für ein ausnahmsloses Abtreibungsverbot ein - also selbst bei Vergewaltigungen!
- HLI ist gegen Kondome.

- HLI ist für die sogenannte „Ganzhingabe“ der Frau: Frauen sollen jederzeit bereit sein, schwanger zu werden und zu gebären.
- HLI sieht in AIDS eine Strafe Gottes und hetzt gegen Personen, die daran erkrankt sind.
- HLI ist antisemitisch: Der Gründer der Organisation (Paul Marx) sagte, dass am „größten Holocaust aller Zeiten“ (die Abtreibung ist gemeint) vornehmlich jüdische ÄrztInnen und FeministInnen beteiligt seien.
- HLI setzt sich gegen sexuelle Aufklärung an Schulen ein.

### Was macht die HLI?

HLI wendet aggressive Methoden an, um ihre Anliegen durchzusetzen. So werden z.B. Frauen

vor Kliniken, in denen Abtreibungen durchgeführt werden, massiv unter Druck gesetzt, verunsichert und am Zutritt zur Klinik gehindert. Es werden ihnen beispielsweise stark vergrößerte Bilder von zerstückelten Embryos vorgehalten und sie werden mit Sprüchen wie „Mama, töte dein Kind nicht“ belästigt. Dabei nehmen die selbsternannten Lebensschützer und -schützerinnen keine Rücksicht auf die psychische Verfassung der Frauen. Ebenso wird das Klinikpersonal belästigt und z.T. sogar bedroht. Diese aggressiven Praktiken wendet HLI Österreich vor allem in Wien an. Ihr Auftreten in Salzburg ist passiver. Nichtsdestotrotz gilt es, dem an und für sich aggressiven Gedankengut der HLI entgegenzutreten. Wir sagen:

- Ob Kinder oder keine - entscheidet Frau alleine!
- Gegen religiöse FundamentalistInnen!

## Gegen rot-weiß-rote Scheuklappen!

Anlässlich der BundespräsidentInnen-Wahl 2010 „beehrte“ FPÖ Politikerin Rosenkranz Salzburg. Um sie würdig zu begrüßen, wurde eine Demo gegen Rechtsextremismus veranstaltet.

Wir möchten uns bei allen 500 Menschen bedanken, die gemeinsam mit uns gegen rechtes Denken aufgetreten sind! Das 15% Ergebnis von Rosenkranz bei den Wahlen zeigt, wie nötig dies ist! Die GRAS Salzburg wehrt sich gegen rot-weiß-rote Scheuklappen! Hier könnt ihr auch unsere Demo-Rede nachlesen.

„Beim Erstarken der rechten Kräfte europaweit ist es schön, dass sich doch Menschen finden, die sich gegen rassistisches und hetzerisches Denken auflehnen. An Euch ein Dankeschön fürs Dasein!

Rechtsextremismus ist keine Meinung - Rechts-Extremismus ist ein Verbrechen! Wir, die GRAS setzen uns gemeinsam mit anderen Organisationen auf Unis und anderswo für gleiche Rechte aller Menschen ein! Unabhängig von Hautfarbe,

Herkunft, sexueller Orientierung und sozialer Schicht.

Der konkrete Anlass warum wir heute hier sind, ist die Anwesenheit von Rosenkranz und Co. Traurig genug, dass solche Personen so viel öffentlicher Raum zugestanden wird. Die wirkliche Tragödie ist jedoch, dass diese Hetze von vielen Menschen in Österreich mit einer Stimme belohnt wird!

Aber beginnt das Problem bei Kellernazis wie Rosenkranz? Nein, tut es nicht! Der Nährboden für rechtes Denken in breiten Bevölkerungsschichten wird wesentlich früher bereitet. Wenn sich Fekter mit unmenschlicher Asylpolitik auf Stimmenfang begibt. Wenn die SPÖ Martin Graf als Nationalratspräsident wählt. Dann wird klar wo das wirkliche Problem liegt. In der sogenannten politischen Mitte werden rechte Positionen ver-harmlost, honoriert und mitgetragen!

Gegen rassistische Hetze! Gegen ein sexistisches Weltbild! Gegen Rosenkranz in der Hofburg!“

Falls Menschen durch die Teilnahme an der Demonstration Probleme mit der Polizei bekommen haben und juristische Hilfe brauchen: „Die ÖH möchte sich außerdem als Ombudsstelle für (zu Unrecht) angezeigte DemonstrantInnen anbieten und fordert etwaige Betroffene auf, sich zu melden. Wir werden nach Kräften unterstützen.“ Einfach Mail an [gesellschaft@oeh-salzburg.at](mailto:gesellschaft@oeh-salzburg.at) (se)



## Nieder mit den Barrieren!

Von 13. bis 19. April veranstaltete die ÖH-Salzburg die Aktionswoche „Wir sind gleich“. Damit soll Bewusstsein für die Bedürfnisse von Studierenden mit Behinderung geschaffen werden. Die GRAS will damit über die ÖH auf ein Thema aufmerksam machen, das leider noch immer viel zu oft übersehen wird.

Gemeinsam mit betroffenen Studierenden, der Universität Salzburg, dem Projekt „Aus anderer Sicht“ der Sozialen Initiative Salzburg fanden zahlreiche Veranstaltungen unter dem Motto „Wir sind gleich - Studieren barrierefrei“ statt.

Rund 20 Prozent der Studierenden sind von einer gesundheitlichen Einschränkung betroffen. Körperliche oder psychische Behinderungen sowie chronische Krankheiten machen das Studium zur täglichen Herausforderung. Durch mangelnde Barrierefreiheit unseres Umfelds müssen Betroffene täglich Anstrengungen aufwenden um diese Hürden zu meistern.

Die Verbesserung der Infrastruktur allein kann jedoch nur einen Teil des Weges zur Beseitigung der Ungleichheit darstellen. Wenn wir von gleichberechtigter Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sprechen, ist eine Auseinandersetzung mit den Einschränkungen unserer KollegInnen eine wesentliche Bedingung. So erhalten die Studierenden der Uni Salzburg durch diese Projektwoche die Möglichkeit, den Alltag ihrer KollegInnen mit Behinderungen verstehen zu lernen.

Wichtig war dabei von Beginn an die Zusammenarbeit mit Betroffenen in der Gestaltung des Projekts. Ihre Perspektive soll uns allen helfen, die Hindernisse wahrzunehmen, die ihren Alltag erschweren und somit langfristig

Bewusstsein für eine barrierefreie Gesellschaft fördern. Um die während der Vorbereitung des Projekts gewonnenen Erkenntnisse möglichst vielen Studierenden zugänglich zu machen,

wurde ein ausführliches Infoheft zur Aktionswoche erarbeitet, das von der ÖH verteilt wird. (reha)

## Kurz & Bündig - Neues rund um Studium und Gesellschaft

### Verlängerung der Bibliotheksöffnungszeiten

Die Uni Salzburg erfüllt eine zentrale Forderung von Unibrennt-Salzburg und der ÖH: die Öffnungszeiten der Universitätsbibliothek wurden Anfang Mai ausgedehnt: die Bibliotheken GesWi, Juridische und NaWi können wochentags von 9 bis 21.00 Uhr genutzt werden, die Hauptbibliothek an Samstagen neuerdings von 9 bis 17 Uhr! Die verlängerten Öffnungszeiten erleichtern v.a. berufstätigen Studierenden den Studienalltag.

### Neuer Freiraum für Studierende

ÖH und Unibrennt Salzburg haben erreicht, dass die Universität die Dachterrasse der GesWi sowie das Amphithater auf der NaWi tagsüber öffnet. Studierende können somit neue Flächen nutzen - sei es für Gruppenarbeit, Lernen oder einfach nur als Freizeitaufenthaltsort.

### ÖH gegen Zugangsbeschränkungen

Die ÖH Bundesvertretung verurteilt die Wiedereinführung von Zugangsbeschränkungen. Die chronische Unterfinanzierung der Universitäten dürfe nicht auf Kosten der Studierenden gehen. Wenn Österreich eine höhere AkademikerInnenquote wolle, müsse auch in das Bildungswesen investiert werden. Zugangsbeschränkungen

würden nichts an der Bildungsmisere ändern, so die Vorsitzende Sigrid Maurer. Außerdem verschärfen Zugangsbeschränkungen die Benachteiligung von Kindern aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien.

### Abschiebung: Sans Papier

Am 4. Mai startete in Wien Schwechat ein Flugzeug nach Nigeria. An Bord 90 Menschen aus ganz Europa, welche von der EU-Behörde FRONTEX abgeschoben wurden. Unter diesen Abgeschobenen auch Cletus B. Er ist aufgrund seiner Homosexualität aus Nigeria geflohen. Dort wird diese mit 14 Jahre Haft bestraft und Gewalt gegen Homosexuelle steht an der Tagesordnung! Trotz massiver Proteste in Wien wurde er abgeschoben - Misshandlung und Haft erwarten ihn.

### Widerstand im Fekterland

Protest gegen Fekter als Symbol für menschenfeindliche Abschiebungen ist notwendig. In Salzburg wurden im Zuge einer Aktion gegen Abschiebungen Anfang des Jahres zwei Aktivisten festgenommen. Anklagepunkte: Schwere Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Widersprüchliche Aussagen der Polizei deuten auf eine Abschreckungsmaßnahme. Infos <http://widerstand-im-fekterland.at>

## Wir, die GRAS...

sind eine Gruppe von grünen & alternativen StudentInnen die sich nicht nur an der Uni Salzburg engagieren, sondern auch über den universitären Tellerrand blicken. Was uns eint, ist der Wille etwas zu verändern. Wir vertreten die Interessen der StudentInnen und setzen uns für die Verbesserung der Studienbedingungen ein.

Unsere Mittel sind die Mitarbeit in den Gremien der ÖH, sowie der Universität und der direkte Dialog mit StudentInnen.

Aktionismus ist eine weitere Form unserer politischen Arbeit mit der wir Probleme und Missstände unkonventionell aufzeigen. Unsere Themen sind unter anderem:

- Bildungspolitik
- Feminismus
- Gesellschaftspolitik & Soziales
- Migration
- Demokratie & Mitgestaltung
- Ökologie & Nachhaltigkeit

Wenn du bei uns mitmachen möchtest, melde dich am besten bei [salzburg@gras.at](mailto:salzburg@gras.at). Wir freuen uns!

